



1997/49 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/1997/49/justizbericht-sprengt-regierungskoalition>

Justizbericht sprengt Regierungskoalition

<none>

Indiens "Vereinte Front" gegen die nationalistische Hindu-Partei BJP ist am 28. November zerbrochen. Für den erst am 22. April dieses Jahres vom Parlament bestätigten Ministerpräsidenten Inder Kumar Gujral wird damit ein Nachfolger benötigt. Sollte Staatspräsident Kircheril Narayanan keinen mehrheitsfähigen Kandidaten vorschlagen, wird es vermutlich im Februar 1998 Neuwahlen geben. Die BJP, die wegen ihres radikalen hinduistischen Nationalismus von den anderen Parteien gemieden wird, hat indes bereits ihre Bereitschaft zur Regierungsübernahme erklärt. Die Krise der 13-Parteien-Koalition wurde durch einen Justizbericht zum 1991 erfolgten Mord am damaligen Ministerpräsident Rajiv Gandhi ausgelöst, der Ende August an die Regierung übergeben wurde. Darin wird die an der Koalition beteiligte Regionalpartei Dravidia Fortschritts-Föderation (DMK) beschuldigt, die mutmaßlichen Täter - die tamilische Guerrilla-Truppe Tamil Eelam Tigers - "unterstützt und ermutigt" zu haben. Sitaram Kesri, Präsident der Kongreß-Partei, verlangte daraufhin Anfang November den Bruch mit der DMK. Diese beteuert ihre Unschuld: "Keiner der 41 Angeklagten" im Prozeß um den Gandhi-Mord "ist Mitglied unserer Partei". Die Kompromißgespräche der vergangenen Wochen scheiterten, während die Abgeordneten der Kongreß-Partei in dieser Zeit jegliche Sitzung des Hohen Hauses durch gezielte Störungen verhinderten.